

N^o 55.

Geschehen Detmold am Landtage den 16. Dezbr. 1879.

Gegenwärtig: sämtliche Abgeordnete ohne den Abgeordneten Rhodovi, regierungsseitig Cabinets-Minister Eschenburg und Regierungs-Rath Steneberg.

Zunächst wird das Protokoll der Sitzung vom 13. d. M. vorgelesen und genehmigt, hierauf werden als Eingänge bekannt gemacht:

1. Ein Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums Nr. 2022, worin die Zustimmung zu der dem Landsyndikus bewilligten Gratifikation ertheilt wird.

2. Ein gleiches Schreiben Nr. 2017, die Verlegung des Verwaltungsamtsitzes von Brake nach Lemgo betreffend.

3. Eine Petition des Landwirthschaftlichen Vereins für die Aemter Hohenhausen und Barenholz, die Pferdezucht betreffend, welche an den Verkoppelungs-Ausschuß geht.

4. Eine Petition der Stadt Lage, den Zuschuß derselben zum Eisenbahnbau betreffend, welche dem Finanz-Ausschusse zufällt.

5. Eine Beschwerde der Stadtvertretung von Lemgo, die Ausnutzung des Gemeinde-Vermögens betreffend, die dem Justiz-Ausschusse zugetheilt wird.

Die zweite Lesung des Stats wird wieder aufgenommen. Die Berathung des Titels IV war am 13. d. M. auf heute vertagt.

Abgeordneter Moritz greift auf seine Aeußerungen in letzter Sitzung zurück, wonach durch die Unordnung eines Beamten beim früheren Amte Lage die Zuziehung eines besonderen Registrators auf Kosten des Landes nöthig geworden ist, und erhebt auch sonst Beschwerden gegen diesen Beamten, der z. B. für die Ausfertigung von Arbeitsbüchern eine Gebühr erhoben und solche mit einer Sportelnummer nicht versehen habe; der Abgeordnete Moritz beantragt: In Erwägung, daß bei der Amtsführung des jetzt in Lemgo als Amtsrichter fungirenden früheren Assessors Sterzenbach in Lage hinsichtlich der Instandhaltung der Registratur am Amte Lage sich Unregelmäßigkeiten und Unordnungen ergeben haben sollen, wodurch der Landkasse Opfer auferlegt sind, auch sonst Beschwerden über dessen frühere Amtsführung vorliegen, wolle der Landtag die Staatsregierung ersuchen, über beides Nachforschungen anstellen zu lassen und dem Landtage von den Resultaten Kenntniß geben zu wollen.

Abgeordneter Röttgen hält nach von ihm eingezogenen Erkundigungen die Summe von 15000 M. für Amtsanwälte für zu hoch und die Summe von 8000 M. für genügend, er beantragt zunächst Herabsetzung auf 8000 M., auf Vorhalt der Regierungs-Kommissare, daß mit dieser Summe keinesfalls auszukommen sei, modificirt er den Antrag, indem er den Satz auf 900 M. erhöht. Die Abgeordneten Hufemann, Echterling, Moritz, von Kerßenbrock und Döpping erachten die Statsposition gleichfalls für viel zu hoch. Regierungsseitig wird hervorgehoben, daß die Verwendung der ganzen Statssumme nicht beabsichtigt sei, wenn man mit weniger auskommen könne, daß aber die Regierung freie Hand haben wolle, um nicht die qualifizirtesten Personen zu verlieren oder andererseits den Etat überschreiten zu müssen. Abgeordneter

Überbed ist dafür, daß Nichts abgestrichen und der Regierung Spielraum gelassen werde, obgleich ihm die beantragte Summe recht hoch erscheine. Abgeordneter Schemmel wünscht möglichst richtige Etatspositionen eingestellt zu sehen, erachtet die vom Abgeordneten Röttgen vorgeschlagene Summe für zu niedrig und beantragt seinerseits die Ziffer von 12000 M. Abgeordneter Sprütten weist darauf hin, daß die Regierung erst im nächsten Jahre bestimmte Angaben hierüber machen könne, und empfiehlt die Etatsumme. Abgeordneter Dr. von Pengerke erklärt, er sei durch die Debatte überzeugt, daß diese Summe zu hoch gegriffen sei, und beantragt eventuell Festsetzung auf 10000 M., wenn der Antrag Schemmel falle. Abgeordneter von Kerßenbrock hebt hervor, bei Bewilligung einer geringeren Summe werde die Regierung von der Anstellung sämtlicher Oberförster als Amtsanwälte absehen, nach seiner Ansicht genüge für jeden Amtsgerichtsbezirk ein Forstanwalt.

Bei der Abstimmung wird die Summe von 10000 M. für Amtsanwälte bewilligt. Im Uebrigen wird der Antrag des Finanz-Ausschusses genehmigt; der Antrag Moris findet gleichfalls Annahme.

Es folgt die Berathung des Spezial-Etats der Leihkasse (Anlage II). Zur Ausgabe beantragt der Finanz-Ausschuß Streichung der Position 1 b (Schullehrer-Seminar) und Einstellung dieser Summe im Titel VII des Hauptetats, was genehmigt wird. Zu 1 e beantragt der Ausschuß, den Zuschuß von 900 M. zu streichen und den Posten Titel VII, D als hierher gehörig einzustellen. Referent Abgeordneter Röttgen motivirt den Antrag und bemerkt, daß das Landkrankenhaus auch ohne den Zuschuß von weiter 900 M. auskommen könne, da dasselbe genügende Mittel habe. Cabinets-Minister Eschenburg erklärt, wenn das Landkrankenhaus nicht auskomme, werde die Erhöhung der Verpflegungssätze die Folge sein. Die Abgeordneten von Pengerke,

von Kerßenbrock und Röttgen bestreiten, daß durch den Abstrich eine Erhöhung der Sätze herbeigeführt werde. Der Ausschußantrag wird genehmigt.

Die vom Ausschusse beantragte Streichung des Postens unter 1, f „Charitékasse“ wird abgelehnt, nachdem Cabinets-Minister Eschenburg betont hat, der Zuschuß sei als eine feste Dotation anzusehen, und die Thätigkeit der Charitékasse eine sehr wohlthuende, was Abgeordneter Schemmel bestätigt.

Position 1, g wird auf 900 M. für die Gewerbeschule in Detmold und 300 M. für die Gewerbeschule in Lemgo erhöht, Position 2, a auf 1400 M. herabgesetzt; Referent Abgeordneter Röttgen bemerkt, nach Aeußerung der Regierungsvertreter sei unter der Summe 2, a ein Zuschuß von je 300 M. an die beiden Gewerbeschulen einbegriffen.

Zu 2, b beantragt der Ausschuß Erlass folgender Resolution: der Regierung wird die Erwartung ausgesprochen, daß in Zukunft die Prämiiung der Hengste von der Zahl und Qualität der erzielten Fohlen abhängig gemacht werde. Dieselbe wird nach Motivirung durch den Referenten zum Beschlusse erhoben.

Für 2, c beantragt der Ausschuß 1500 M., Abgeordneter Dr. von Lengerke 2000 M. Letzterer Antrag wird genehmigt.

Unter 2, e werden auf Antrag des Ausschusses die Worte, „den Fonds zur“ gestrichen, 2, f wird ganz gestrichen, der Regierung aber die Ermächtigung ertheilt, daß bis auf Weiteres jährlich aus der Leihkasse den Lehrern Vorschüsse im Betrage von 900 M. zur Anschaffung von Klavieren gewährt werde.

Hinter 2, h wird der Posten unter Titel VII, 8 C des Hauptetat mit 500 M. (ärztliche Hülfe bei schweren Geburten armer Wöchnerinnen) eingeschoben, der also im Hauptetat wegfällt. Cabinets-Minister Eschenburg bemerkt, daß die Position demnächst von selbst ganz fortfallen werde.

Im Hauptetat wird der Zuschuß zur Landkasse mit 20000 M. eingestellt.

Zu Titel I, 3 B der Einnahme im Hauptetat beantragt der Finanz-Ausschuß Einstellung von 15000 M. Referent Abgeordneter Hufemann bemerkt dazu: die Regierung habe den Beschluß des Landtags wegen des Hausankaufs falsch aufgefaßt, da derselbe nicht aus den Ueberschüssen, sondern aus dem Kapitalvermögen der Sparkasse zu bestreiten gewesen wäre; trotzdem sei kein Grund, für 1880 keinen Ueberschuß einzustellen, da ein solcher vorhanden sein werde. Cabinets-Minister Eschenburg erklärt: ob die beantragte Einstellung höchsten Orts Genehmigung finden werde, sei zweifelhaft; die Ueberschüsse aus dem Jahre 1878 seien absorbiert, die Regierung habe stets beabsichtigt, das fragliche Haus aus den Ueberschüssen anzukaufen; bei der Etatfestsetzung müsse man den abgeschlossenen Spezialetat, also für 1878 zu Grunde legen, da die Einnahmen der Credit-Institute schwanken. Abgeordneter Hufemann entgegnet: bei voriger Etatsberathung habe sich die Regierung auf das Jahr 1879, nicht auf 1877 bezogen, weshalb für 1879 nur 9000 M. eingestellt seien. Abgeordneter Dr. von Lengerke bemerkt: in dem betreffenden Schreiben des Cabinets-Ministeriums vom 14. Februar 1878 sei Ankauf des Hauses aus dem „Vermögen“ der Sparkasse vorgeschlagen, worunter nur das Kapitalvermögen, nicht die Ueberschüsse zu verstehen seien. Regierungs-Rath Steneberg erwidert: das Vermögen begreife das Kapital und den Bestand in sich; es sei unbillig gegen die Sparkasse, trotz des Hausankaufs ihr einen solchen Zuschuß zur Landkasse aufzuerlegen. Abgeordneter Dr. von Lengerke hält nach der gewöhnlichen Terminologie Vermögen für gleichbedeutend mit Kapital und erklärt es für nicht naturgemäß, wenn ein Immobil aus laufenden Mitteln angeschafft wird; übrigens habe der Landtag im letzten Jahre den Zuschuß von 9000 M. für sehr niedrig erklärt und

sich nachträgliche Einstellung vorbehalten. Abgeordneter Röttgen bemerkt, wenn man auch 15000 M. für 1880 einstelle, könne der Hauskauf aus den Ueberschüssen der Sparkasse bestritten werden.

Bei der Abstimmung wird der Ausschußantrag genehmigt.

Es folgt Berathung der Anlage 7 (Gymnasium zu Detmold). Auf Antrag des Ausschusses und nach Motivirung durch den Referenten Abgeordneten Overbeck wird in der Einnahme Titel III auf 14600 M., im Titel VI (Zinsen) 240 M. eingestellt, da Kapitalien angesammelt und zinsbar belegt sind, Titel IX wird auf 2800 M. erhöht. Zu der Ausgabe wird im Titel II die geforderte Summe von 450 M. mit dem Zusatze „künftig wegfallend“ bewilligt. Zu Titel IV wird Ermäßigung auf 1000 M. beantragt, wogegen regierungsseitig bemerkt wird, daß diese Summe keinesfalls genüge. Abgeordneter Overbeck beantragt hierauf Ermäßigung auf 2000 M. Nach längerer Debatte, woran die Abgeordneten Moritz, Bärten, von Kerßenbrock, Husemann und Röttgen theilnehmen, wird die Beschlußfassung bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt. In Titel XI Nr. 1 und 2 werden die Wohnungsentschädigungen auf je 300 M. erhöht.

Um 8³/₄ Uhr wird die Sitzung bis morgen früh 10 Uhr vertagt. Auf die Tagesordnung wird neben den unerledigten Gegenständen das Schreiben Fürstlichen Cabinets-Ministeriums wegen des Landgestüts und das heute eingegangene Schreiben Nr. 2017 wegen Verlegung des Sitzes des Verwaltungsamts von Brake nach Lemgo gestellt.

So gesch., vorg., gen. u. unterschrieben

von Lengerke.

Zur Begl. Preuß.